



Bezahlbarer Wohnraum für Mainz



Mainz braucht zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum. Die Frage wie und wo dieser schnellstmöglich geschaffen werden kann, muss allerdings je nach Stadtteil differenziert beantwortet werden. In der dicht bebauten Neustadt fordert die ÖDP-Stadtratsfraktion die konsequente Umnutzung bereits bestehender Räumlichkeiten wie etwa der Kommissbrotbäckerei. Hier sollten ausschließlich Studentenwohnungen entstehen. Eine Verdichtung der bestehenden Blockrandbebauung würde dagegen die ohnehin schon gedrängte Wohnsituation in der Neustadt in nicht vertretbarem Maße verschärfen. Nachverdichtungen, die in anderen Wohnquartieren durchaus denkbar sind, müssen grundsätzlich maßvoll erfolgen. **Negative Beispiele** für eine unverträgliche Nachverdichtung sind beispielsweise die Planungen der städtischen Wohnbau und anderer Investoren im Martin-Luther-King-Park.

Vorrangig sollen innerstädtische Brachflächen für Neubauvorhaben genutzt werden. Dazu zählen nach Meinung der ÖDP-Fraktion vor allem die militärischen Bundeswehrliegenschaften, die nach und nach geräumt werden, hierzu müssen frühzeitig die Planungen im Rahmen der Bauleitplanung beginnen. Auch die IBM-Fläche in der Oberstadt oder nicht mehr genutzte Flächen der Bahn würden u.E. dazu zählen. Ferner müssen Baulücken stärker bebaut werden, weil auch hier große Potentiale vorhanden sind. Dazu muss die Stadt stärker mit Grundstückseigentümern ins Gespräch kommen und Hilfestellung leisten. Die Reduzierung öffentlicher Grünflächen, um zusätzliches Bauland zu schaffen, wollen wir dagegen unbedingt vermeiden. Ebenso muss die Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich kritisch betrachtet werden. **Hier gilt grundsätzlich: Innenentwicklung vor Außenentwicklung.**

Die ÖDP-Fraktion hinterfragt aber nicht nur, wo und wie neuer Wohnraum entstehen kann, sondern auch wie die einzelnen Wohnquartiere aufgewertet werden können. Hierzu ist die Förderung von Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger ein wichtiges Instrument. Die Stadt sollte solche Anstrengungen unterstützen und befördern – etwa auch indem Sie eine positive Ausgangslage für Bauherrengemeinschaften schafft und nicht nur Großinvestoren zum Zuge kommen lässt. Durch dieses bürgerschaftliche Engagement entstehen Nachbarschaften, die getragen sind von Verantwortung und Mitbestimmung.

Diesen Ansatz verfolgt auch der Arbeitskreis Wohnen der Lokalen Agenda 21 Mainz.

Private Investitionen scheitern jedoch häufig an den Grundstückskosten. Wir fordern daher die Stadt auf, vermehrt Erbpachtgrundstücke anzubieten, durch die die Kosten für private Bauherren erheblich sinken.